

Schleswig-Holsteinischer Landtag ☐
Umdruck 16/4481

Staatssekretär

Vorsitzender des
Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Werner Kalinka, MdL
Landeshaus

24105 Kiel

10. Juli 2009

105. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 01. Juli 2009

**TOP 2: Bericht des Innenministeriums über die Ausschreitungen am Rande der
Schülerdemonstrationen in Kiel am 09. Juni 2009**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

beiliegend übersende ich Ihnen den schriftlichen Bericht des Innenministeriums „über die Ausschreitungen am Rande der Schülerdemonstrationen in Kiel am 09. Juni 2009“, um den Sie im Zuge der oben genannten Sitzung gebeten hatten. Der Bericht enthält weiterhin Informationen zu den Schülerdemonstrationen am 11.06.2009 in Kiel sowie am 17.06.2009 in Flensburg.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Lorenz

Sitzung des Innen und Rechtsausschusses am 01.07.2009

TOP 2:

**Bericht des Innenministeriums über die Ausschreitungen am Rande der
Schülerdemonstrationen in Kiel am 09. Juni 2009**

1. Einsatzlage am 09.06.2009 in Kiel

1.1. Lage

Eine durch die Kieler Schülervvertretung initiierte Demonstration gegen Bildungsabbau formierte sich am 09.06.2009 um 10.30 Uhr auf dem Rathausplatz mit ca. 1.600 Personen. Demonstrationsteilnehmer waren überwiegend Schüler. Bis zur Zwischenkundgebung vor dem Ministerium für Bildung und Frauen in der Brunswiker Straße war dieser Demonstrationzug auf 2.500 Teilnehmer angewachsen. Hier wurde ein Bengalisches Feuer abgebrannt. Der Verursacher konnte allerdings nicht ermittelt werden. Anlässlich der Zwischenkundgebung brannte ein zweites Bengalisches Feuer ab und es erfolgte ein Zulauf von 10 Personen der so genannten „Clowns Army“ mit dem typischen Verhalten von zurückliegenden Demonstrationen (Sie kleiden sich typischerweise in militärischer Tarnkleidung, die durch grelle Aufnäher und politische Slogans verfremdet wird. Die „Bewaffnung“ beschränkt sich auf bunte Staubwedel und ggf. auch Wasserpistolen. Das Kostüm wird durch eine rote Clowns-nase und Schminke vervollständigt. Bei ihren Aktionen marschiert die Armee in einer Parodie der Militärparade auf und beginnt dann unter anderem Polizisten und Einsatzfahrzeuge abzustauben, sich in grimmiger Pose neben Polizisten zu stellen oder sie nasszuspritzen. Hauptzweck dieses Vorgehens ist es, das Handeln der Polizei durch übertreibende Nachahmung lächerlich zu machen und die Einsatzkräfte zu verwirren. Dies geschieht überwiegend durch eine ständige Distanzunterschreitung zu den Einsatzkräften der Polizei.).

Mit Beendigung der Zwischenkundgebung erfolgte ein gezielter Flaschenwurf in Richtung der eingesetzten Begleitkräfte der Polizei. Es folgten weitere Würfe mit Eiern sowie mit Hartplastikteilen und kleinen Flaschen.

Im Bereich des Knooper Weges schloss der Gesamteinsatzführer der Polizei einen Störer aus und erteilte einen Platzverweis. Dessen Nichtbefolgung führte zur Ingewahrsamnahme dieser Person, unter massiver Störung der polizeilichen Maßnahmen durch die Clowns Army. In Höhe des Humboldt-Gymnasiums im Knooper Weg brachen ca. 500 Demonstra-

tionsteilnehmer des Aufzuges aus und stürmten auf den Eingang der Schule. Diese war jedoch verschlossen. Der Schulleiter meldete später mehrere Sachbeschädigungen.

Der Aufzug bewegte sich anschließend weiter in Richtung des Exerzierplatzes, auf dem die Abschlusskundgebung stattfinden sollte. Auf dem Weg dort hin wurden die eingesetzten Beamten von ca. 50 bis 70 Personen des linken Spektrums bedrängt. Hierbei war auch die Clowns Army beteiligt. Es erfolgten weitere Festnahmen.

Um 12.37 Uhr beendete der Veranstaltungsleiter, der sich insgesamt kooperativ verhielt, die Versammlung auf dem Exerzierplatz. Eine Gruppe von ca. 50 - 60 Personen verblieb jedoch auf der angrenzenden Fahrbahn und blockierte anschließend die Kreuzung Rathausstraße / Kleiner Kuhberg. Im weiteren Verlauf begannen die Personen an den blockierten Fahrzeugen herumzureißen und auf die Fahrer einzuwirken. Als die Einsatzkräfte der Polizei anschließend die Fahrzeuge für eine geplante Räumung verließen, zog die Gruppe in Richtung Hauptbahnhof ab.

Hier konnten Identitätsfeststellungen durch einen nachalarmierten Einsatzzug der Polizei durchgeführt werden.

Polizeiliche Maßnahmen:

Gewahrsamnahmen:	3
Platzverweise:	1
Personalienfeststellungen:	50
Vorl. Festnahmen:	3
Eingeleitete Strafverfahren:	4

1.2 Einsatzkräfte der Polizei

Für die Durchführung der Schülerdemonstration wurden zunächst zwei Einsatzzüge sowie Verkehrskräfte der Polizeidirektion Kiel eingesetzt. Im Laufe des Einsatzgeschehens mussten aufgrund des Verlaufs der Demonstration weitere Einsatzkräfte alarmiert werden. Insgesamt wurden 106 Beamtinnen und Beamte eingesetzt.

Die Polizeikräfte hatten den für geschlossene Einsätze üblichen Einsatzanzug getragen und darunter den Vollkörperschutz angelegt.

1.3 Bewertung

Insgesamt ist zur Einsatzkräftelage festzustellen, dass dieser Einsatz aufgrund der überaus angespannten Kräftelage der 24. KW mit einem gerade noch verantwortbaren Mini-

mum an Einsatzkräften bewältigt werden musste. Das Zeigen von starken Kräften ist ein anerkanntes Deeskalationsprinzip. Der Kräftelage geschuldet, konnte dieses Instrument von der Einsatzführung nicht in allen Belangen umgesetzt werden.

Zudem war die Lageentwicklung (Clowns Army, pp.) nicht vorhersehbar und lag bei einer als reine „Schülerdemo“ angemeldeten Versammlung weit außerhalb von Erfahrungen, die seriöser Weise in eine Lagebeurteilung einzubeziehen waren bzw. einbezogen worden sind. Das Einsatzkonzept und die Einsatzdurchführung der PD Kiel war und ist – auch mit Blick auf die Kräftelage - nicht zu beanstanden.

Von einem martialischen Auftreten der Polizei – so einige Zitate in der Presse – kann bei diesem Einsatzgeschehen nicht im Geringsten die Rede sein!

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei Schleswig-Holstein tragen auch keine Kampfanzüge, sondern Schutzanzüge und Schutzhelme. Zum Erhalt ihrer körperlichen Unversehrtheit war das auch in beiden Fällen dringlich geboten, da Störer sowohl am 09.06. als auch am 11.06.09 u. a. mit Flaschen und anderen Gegenstände nach den eingesetzten Beamten geworfen haben. Bei früheren Einsätzen aus Anlass der Bildungsreform wurden sogar pyrotechnische Gegenstände gezielt auf die Einsatzkräfte geworfen. Im Gegensatz zum normalen Dienstanzug ist der Nomex-Schutzanzug schwer entflammbar. Ihn zu tragen war daher zum Schutz der Einsatzkräfte unbedingt erforderlich.

Die Dienstpistole ist Regelbewaffnung und ihr Mitführen im Einsatz ist Pflicht. Das gleiche gilt für das Reizstoffsprühgerät. Daher ist auch jede Kritik daran, dass die eingesetzten Beamtinnen und Beamten diese Bewaffnung mitführten, sachfremd.

2. Einsatzlage am 11.06.2009 in Kiel

Anlässlich der durch die Kieler Schülervertretung initiierte Demonstration gegen die Profilo-oberstufe sammelten sich bereits gegen 12.00 Uhr 500 Teilnehmer bei weiterem Zulauf auf dem Asmus-Bremer-Platz. Während ein weiterer Zug aus Niebüll mit ca. 600 Demonstrationsteilnehmern auf dem Kieler Hauptbahnhof eintraf, teilte der Anmelder der Veranstaltung mit, dass er nicht als Versammlungsleiter zur Verfügung stehen würde und benannte einen neuen Verantwortlichen. Kurze Zeit später setzten sich die bereits auf dem Asmus-Bremer-Platz versammelten Teilnehmer in Richtung Kaistraße in Bewegung. Durch den neuen Versammlungsleiter und die Ordner konnte auf diese Personengruppe eingewirkt werden, so dass die Personen sich wieder zum Sammlungsart begaben. Um 12.54 Uhr setzte sich der Aufzug mit 2.500 Teilnehmern auf der angemeldeten Route in

Bewegung. Im Aufzug befanden sich auch ca. 40 Personen der linken Klientel (ohne Clowns Army), die bereits am 09.06.09 als Störer aufgetreten waren. Im Bereich Bergstraße erfolgte eine Platzverweisung gegen 3 Personen, die offensichtlich Steine aufnahmen (Vorbereitungshandlung). Die Zwischenkundgebung vor dem Ministerium für Bildung und Frauen in der Brunswiker Straße verlief störungsfrei. Auf der verbleibenden Marschstrecke zu den Ministerien und am Abschlusskundgebungsort erfolgten noch einige Tomatenwürfe. Der Verantwortliche beendete um 14.27 Uhr die Demonstration. Die Teilnehmer gingen geordnet auf den Gehwegen in Kleingruppen in Richtung Innenstadt.

Polizeiliche Maßnahmen:

Gewahrsamnahmen:	0
Platzverweisung:	3
Personalienfeststellungen:	3
Vorl. Festnahmen:	0
Eingeleitete Strafverfahren:	0

3. Einsatzlage am 17.06.2009 in Flensburg

Am Mittwoch, dem 17.06.2009, sammelten sich um 12.00 Uhr ca. 1.400 Studenten und Schüler auf dem Unigelände, um auf einer angemeldeten Versammlung zum Thema "Bildungsbedingungen" zu demonstrieren.

Die Teilnehmer marschierten vom Campus durch die Bahnhofstraße, den Süderhofenden entlang der Schiffrücke, um anschließend vom Nordertor den Rückweg durch die Nordstraße und die Fußgängerzone zu nehmen.

Insgesamt kam es bei dem Aufzug zu leichten Verkehrsbeeinträchtigungen. Gegen 15.00 Uhr fand die friedliche Demonstration an der Holmnixe ihren Abschluss.

Nach Versammlungsende begaben sich ca. 60 Personen vor das Deutsche Haus, setzten sich auf die Fahrbahn und blockierten den Verkehr, der vollständig zum Erliegen kam. Dadurch kam es kurzfristig zu Beeinträchtigungen, die durch das Umleiten des Fahrzeugverkehrs schnell behoben werden konnten.

Die Polizei, die mit rund 30 Einsatzkräften vor Ort war, löste die Blockade nach ca. 25 Minuten auf. Zu weiteren Störungen oder Straftaten ist es nicht gekommen. Die Demonstranten wurden mehrfach (drei Mal innerhalb von 20 Minuten) aufgefordert, die Fahrbahn zu

verlassen. Weiterhin wurden sie auf die Strafbarkeit ihres Handelns hingewiesen. Nachdem diesen Anweisungen keine Folge geleistet wurde, wurden einzelne Personen von der Straße getragen.

Im Zusammenhang mit der Räumung der Sitzblockade wurde der Polizei übermäßige Härte bei ihrem Einschreiten vorgeworfen. Demnach seien durch die Polizei Verletzungen billigend in Kauf genommen worden, Sitzende teilweise schmerzhaft über den Boden geschleift worden.

Hierzu nimmt die zuständige Polizeidirektion Flensburg wie folgt Stellung:

Eine überzogene oder gewalttätige Reaktion der eingesetzten Beamten auf die Sitzblockade ist aus polizeilicher Sicht nicht gegeben. Es ist zutreffend, dass ein Diensthund eingesetzt worden ist. Er wurde zur Sicherung polizeilicher Maßnahmen mitgeführt. Drei Personen versuchten, den Hund zu treten. Einer Person biss der Hund in den Turnschuh. Daraufhin wurde der Hund von einer anderen Person in die Seite getreten. Der Hund biss dieser Person in die Hose und im Nachgreifen in die Wade. Die Personen haben sich vor Ort nicht zu Verletzungen geäußert. Unzutreffend ist die Behauptung, dass der Diensthund auf Teilnehmer gehetzt worden ist. In einer Berichterstattung der sh:z zur Schülerdemonstration wurde im Zusammenhang mit der Sitzblockade dargestellt, ...die...„*eingesetzten Polizeibeamten agierten defensiv und waren bemüht, eine Eskalation zu verhindern*“.

Vom Veranstalter der Demonstration ging inzwischen bei der Polizeidirektion Flensburg die Rückmeldung ein, dass man das Einsatzverhalten der Polizei als besonnen und angemessen wahrgenommen habe.

Der Vorwurf des brutalen Wegschleifens wird ebenfalls zurückgewiesen. Die Personen wurden mehrfach aufgefordert, die Blockade zu beenden. Bei Beginn der Räumung wurden die Betroffenen einzeln aufgefordert, sich zu erheben. Die wenigen Personen, die dem nicht nachkamen, wurden mit polizeilichen praktizierten „Aufhebetechniken“ zum Aufstehen bewegt und von der Straße geführt. Bei drei Personen stellten die Beamten Holzstäbe fest, die potenziell als Waffen genutzt werden konnten. Die Holzstäbe wurden nicht herausgegeben. Beim Versuch der Wegnahme hielten die Betroffenen sich an den Stäben fest und wurden bis zum Loslassen über eine Strecke von weniger als einem Meter zwangsläufig mitgezogen.

Abschließend ist anzumerken, dass aufgrund der Sitzblockade wegen der Beeinträchtigung des Fahrzeugverkehrs eine Strafanzeige wegen Nötigung gefertigt worden ist.

Eine von den „Grünen“ in der Presse angekündigte Aufarbeitung des Einsatzgeschehens wurde im städtischen Ausschuss für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung in der Sitzung am 24.06.2009 von der Ausschussvorsitzenden wegen Nichtzuständigkeit abgelehnt. Die Fraktion wurde an den Polizeibeirat verwiesen, der nach den Sommerferien tagen wird. Die übrigen Fraktionen waren nicht an einer Aufarbeitung interessiert.